

**Bericht zum Seminar: „Dialog junge Wissenschaft und Praxis“ -
„Deutschland in der Welt – Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaft“
am 16./17. Dezember 2011**

Bereits zum 10. Mal wurden mit finanzieller Förderung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und der Robert-Bosch-Stiftung in der Vorweihnachtszeit von Frau Prof. Dr. Beate Neuss Wissenschaftliche Assistenten, Doktoranden und Studenten höherer Semester zum Dialog „junge Wissenschaft und Praxis“ eingeladen.

Das Thema des diesjährigen Dialogs lautete „Deutschland in der Welt – Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaft“. Inmitten junger Wissenschaftler und Studierender vermittelte ein erlesen besetzter Kreis von Referenten für zwei Tage einen verdichteten Auszug praktischer und persönlicher Erfahrungen aus ihrem Tätigkeitsfeld zu aktuellen politischen Themen. So sprach u.a. Michael Dutz von der Adlatus AG über die Staatsschuldenkrise oder Dr. Carsten Wieland (Politischer Berater und Publizist) - um nur einige zu nennen - über die syrischen Entwicklungen und unterrichtete die Teilnehmer über politische Entwicklungen aus „erster Hand“. Ermöglicht wurde dieser hervorragende Dialog durch den die Förderinitiative „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie: Förderung von Verständnis und Akzeptanz bei der jungen Generation“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung. Das „Best Western Hotel am Schlosspark“ in Lichtenwalde – traditionell als Tagungsort auserkoren – beherbergte und verköstigte alle Teilnehmer nicht nur vorzüglich, sondern trug durch seine gesellige Atmosphäre auch zum offenen Gesprächsklima bei.

In ihrer Begrüßung machte Frau Prof. Dr. Neuss den Zusammenhang der Themenkomplexe des Seminars deutlich und stimmte alle Teilnehmer gespannt auf die kommenden zwei Tage ein. Den Auftakt zum ersten Tag machte Michael Dutz von der Adlatus AG. Ausgangspunkt seiner Ausführungen bildeten die Fragen: „Staatsschuldenkrise oder Eurokrise? Und wie weiter?“. Herr Dutz legte anhand seiner eigenen beruflichen Entwicklung die simultane Entwicklung der Banken, weg von der Kreditvergabe hin zum Investmentbanking, dar, um die aktuelle Situation und Dimension der „Finanzmärkte“ begreiflich zu machen. Als Grundstein dieser Wende benannte er u.a. die „Politik der freien Märkte“ durch Margaret Thatcher. Herr Dutz machte deutlich, dass mit der weiteren Entwicklung der Banken hin zu risikoreichem Investmentbanking nicht mehr nur das Eigenkapital der Banken, sondern auch die Einlagen der Kunden am Kapitalmarkt investiert wurden, was die Politik als Bürgen für die Spareinlagen in Aktion treten ließ – wie der Auftritt von Merkel und Steinbrück 2008 zeigte.

In der aktuellen und offenen Debatte über Wege aus der Krise seien „Euro-Bonds“ für ihn jedenfalls keine Lösung. Die abnehmende Rolle der „Ratingagenturen“ für die Börsen zeigte Dutz am Beispiel der folgenlosen Abstufung der USA. Michael Dutz hob vor allem auch die wirtschaftliche Bedeutung des Euro für Deutschland hervor.

Dr. Hardy Ostry, Teamleiter für Afrika und den Nahen Osten, Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. erörterte die „Entwicklungen im Mittelmeerraum: Antworten Deutschlands und Europas“. Er brachte zunächst die Ausgangslage der betroffenen Länder näher. Die dominierenden Leitmotive der – überwiegend jungen – aufbegehrenden Menschen können mit den Schlagworten Würde und Freiheit zusammengefasst werden. Der Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit, Transparenz sowie nach einem funktionierenden Staatsapparat – und nicht primär der Wunsch nach Demokratie – seien die Kräfte, die die Menschen gegen die repressiven und klientelistischen Strukturen der bisherigen Staatlichkeit antreiben. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Aufstände führte Ostry drei Ursachen an. Erstens kamen die Ergebnisse der guten Wachstumsfaktoren der Länder nicht bei der Bevölkerung an, zweitens spitzten sich die demographischen Entwicklungen zu und drittens war die Bevölkerung über eine fehlgeleitete Privatisierung zunehmend entrüstet. Er rückte die Auswirkungen der Aufstandsbewegungen auf die Sicherheit Israels in den Fokus der Betrachtung. Des Weiteren würde ein möglicher Sturz der syrischen Regierung die gesamte Region destabilisieren und den Konflikt eventuell auf den Libanon ausweiten. Als Auswirkung für Europa sei besonders das „Glaubwürdigkeitsdilemma“ anzufügen, das aus der Enttäuschung der Region über Kooperationsprojekte Europas mit der Region wie u.a. der Union für das Mittelmeer resultiere.

Dr. Carsten Wieland, Politischer Berater und Publizist, sprach zu den „Entwicklungen in Syrien – Antworten und Szenarien“. Die über viele Jahre gemäßigte Opposition Syriens bot dem Assad-Regime, so Wieland, immer wieder Chancen zur Reform. Baschar al-Assad habe das Land innerhalb von zehn Jahren nahezu in den Abgrund geführt. Wieland hob die Bedeutung – des vorwiegend säkular geprägten – Baath-Regimes im Umgang mit Minderheiten hervor, das lange Zeit als Vorbild für den Umgang mit ethnischer Fragmentierung der Region galt. Diese Minderheiten genießen in Syrien unter Assad beachtliche Freiheiten. Wieland analysierte die „drei Wellen der Niederschlagung der Opposition“ unter Assad – einem als Mediziner eher untypischen Diktator – und erläuterte die „Spaltungslinien“ der Opposition. Als mögliche Szenarien der weiteren Entwicklung Syriens

nannte Wieland u.a.: Erstens, das Überleben des Regimes mit oder ohne Assad, zweitens einen nationalen Versöhnungsdialog oder drittens Chaos und Bürgerkrieg.

Den anregenden ersten Tag beendete Mathias Licharz aus dem Bundeskanzleramt mit seinem Referat. Er ist stellvertretender Leiter für Globale Fragen, Vereinte Nationen und Entwicklungspolitik und referierte zum Thema: „In schwierigen Zeiten: Deutschland in den Vereinten Nationen“. In einer global vernetzten Welt bilden sich neue Allianzen heraus, wie die der sogenannten „BRICS-Staaten“, die, so Licharz, „Global Governance“ vor neue Aufgaben stellen. Angesichts aktueller und globaler Themen wie Terrorismus, Klima oder Sanktionen gegen Syrien, sei ein gemeinsames internationales Handeln notwendig. Die Rolle der Vereinten Nationen sieht Licharz dabei in der Möglichkeit, legitimierte Zwangsmaßnahmen zu erlassen, denen jedoch lange Entscheidungsprozesse vorausgehen.

Licharz hob besonders die Aufgabe einer Reform des Sicherheitsrates hervor, für die sich Deutschland entschieden einsetze. Ferner strebe Deutschland eine Art „Subsidiaritätsprinzip“ an, wonach sich zunächst Regionalorganisationen mit Problemen befassen sollten, um eine drohende Überfrachtung der Vereinten Nationen zu vermeiden.

Am folgenden Tag machte Dr. Cornelia Rieß von der M+W Group GmbH, Head Business Development / Space den Anfang des zweiten Seminartages. Sie sprach über „Globale High-Tech-Standorte und Märkte: Deutschland und der deutsche Exporterfolg aus der Sicht eines KMU“. Die erste Welle der Globalisierung sei, so Rieß, gekennzeichnet durch die Interdependenz von Märkten, Produkten und Dienstleistungen sowie dem Transport von Technologie. Deutschland befinde sich dabei durch seine Exportstärke auf der Gewinnerseite. Der Kern dieser Stärke sei vor allem die diversifizierte Ausrichtung der deutschen Wirtschaft in mittelständischen Unternehmen. Durch hohen Qualitätsstandard und Führungskontinuität sei der deutsche Mittelstand aber auch für die zweite Welle der Globalisierung gewappnet. Diese sei dadurch gekennzeichnet, dass sich die Standortwahl nicht mehr primär nach Lohnkosten, sondern nach Faktoren wie Qualitätsstabilität, Fristeinhaltung und Sicherheitsaspekten in Politik und Natur gestaltet. Die Aufgaben für die Politik sieht Rieß u.a. in einer Beschleunigung und Vereinfachung der Antragsverfahren für Exportversicherungen und Exportfinanzierung. Diskutiert wurde auch über den deutschen Fachkräftemangel und den Vorteil der dualen Berufsausbildung in Deutschland.

Zur „Bundeswehr im Auslandseinsatz“ sprach am Mittag Oberstleutnant a.D. Peter Buch, Berater von Stoof-International und Gastdozent an der NATO-Schule im Oberammergau. Im

Zentrum seines Vortrags stand die aktuelle Situation in Afghanistan und die Geschichte des Landes, das bis heute unter den Folgen resultierend aus den schweren Zerstörungen von Kriegen, der organisierten Kriminalität (Anbau von Drogen) sowie ethnisch motivierten Spannungen leidet. Der größte Teil des Landes sei zudem noch immer beherrscht durch die Taliban.

Deutsche Soldaten sind besonders in der Provinz Kunduz präsent, dem fruchtbarsten Gebiet Afghanistans, und können dort auch nachhaltige Entwicklungsarbeit, u.a. beim Bau von Brunnen, leisten. Ein Unterschied in der Wahrnehmung und Ausführung ihres internationalen Einsatzes zwischen Deutschland und den USA zeige sich bei der jeweiligen Pressearbeit. Die USA nutze die Öffentlichkeitsarbeit vorwiegend für Propagandazwecke zur Beeinflussung der Bevölkerung, wohingegen Deutschland versuche, seine Aufgabe in Afghanistan für die Menschen transparent zu machen. Für die Zukunft stehe in Afghanistan vor allem der Wiederaufbau, die Achtung der Menschenrechte und der Verzicht auf Gewalt im Vordergrund. Das „Startkapital“ des Landes könnten dabei die reichen Vorkommen an Bodenschätzen sein.

Dr. Christoph Grams, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Roderich Kiesewetter MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion für zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit, hielt mit „Deutsche in Afghanistan – macht das Sinn? Ein Erfahrungsbericht“ das Schlussreferat eines weiteren interessanten Tages.

Nach der Schilderung seines Werdegangs zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik und seiner Tätigkeit in Afghanistan für die GTZ folgte eine anregende Diskussion. Dr. Grams hob hervor, dass Entwicklungspolitik langfristig angelegt sein müsse. In Afghanistan ist Deutschland dabei besonders in der Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft engagiert. Er stellte dabei, einvernehmlich mit Peter Buch, fest, dass die deutsche Hilfe in Afghanistan eine hohe Reputation genießt. Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit basiere auf einer sich ergänzenden Aufgabenteilung sowohl militärisch als auch zivil. Probleme für die weitere Hilfeleistung sieht Dr. Grams besonders darin, dass die langfristig angelegte Entwicklungspolitik an einem schmelzendem Budget scheitern könnte. Dennoch, so meint er, seien die vergangenen zehn Jahre – wenn auch mehr zu erreichen gewesen wäre – nicht umsonst gewesen. Im Norden sei eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen, allerdings mit einer mangelnden polizeilichen Sicherheit. Er stellt auch die gute Gesundheitsversorgung, den Ausbau der Infrastruktur und die ländliche Entwicklung heraus. Als negativ sei das bestehende Gewaltpotenzial einzuschätzen. Für die Zukunft sei die Frage

zentral, wie eine Föderalisierung zu bewerkstelligen ist, die ethnische Konfliktlinien befrieden kann.

Frau Prof. Dr. Beate Neuss bedankte sich abschließend bei allen Referenten und den Teilnehmern des Seminars. Der „Dialog junge Wissenschaft und Praxis“ legte besonders die Verflechtung der aktuellen politischen Themen dar und gab Anlass zu Fragen, die sich erst aus der gemeinsamen Betrachtung der Themen untereinander ergeben. Trotz aller Komplexität der Thematik trug der diesjährige Dialog zur Klärung und zum Verständnis dieser drängenden Fragen aktueller Politik bei.